

**Vorlagennummer:** FB 61/1029/WP18  
**Öffentlichkeitsstatus:** öffentlich  
**Datum:** 27.08.2024

## **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2024, öffentlicher Teil**

---

**Vorlageart:** Entscheidungsvorlage  
**Federführende Dienststelle:** FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung  
**Beteiligte Dienststellen:**  
**Verfasst von:** FB 61/100 // Dez. III

### **Beratungsfolge:**

<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
29.08.2024	Planungsausschuss	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2024, öffentlicher Teil.

**Finanzielle Auswirkungen:**

	JA	NEIN	
		X	

**Klimarelevanz:**

**Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung** (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

Der Effekt auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
X			

**Anlage/n:**

1 - Niederschrift vom 20.06.2024 (öffentlich)

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **Sitzung des Planungsausschusses**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 20.06.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Carsten Schaadt

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Marc Beus

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsherr Jakob von Thenen

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Herr Bernd Wallraven

Vertretung für: Ratsherr Henning Nießen

Frau Maria Dörter

Herr Jan Frieders

Herr Claus Haase

Vertretung für: Herrn Tobias Küppers

Herr Arne Christoph Klingebiel

Vertretung für: Herrn Alexander Gilson

Herr Jost Nobis

Vertretung für: Herrn Ernst-Rudolf Kühn

Herr Marcel Triebels

Frau Brigitte Roth

Abwesende:

Ratsfrau Gaby Breuer	entschuldigt
Ratsherr Henning Nießen	entschuldigt
Herr Alexander Gilson	entschuldigt
Herr Ernst-Rudolf Kühn	entschuldigt
Herr Tobias Küppers	entschuldigt
Herr Ralf Demmer	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Herr Dr. Çelik	FB 61
Herr Herrmann	FB 13
Herr Jansen	FB 61
Frau Krücken	FB 61
Herr Lehnert	FB 61
Herr Meiners	FB 36
Herr Peukert	FB 36
Herr Schuster	FB 60
Frau Steffens	FB 61
Frau Weitenberg	FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.05.2024, öffentlicher Teil**

- 3 **Altstadtquartier Büchel: Planungsbeschluss Freianlagenplanung**  
Vorlage: FB 61/0904/WP18
- 4 **Altstadtquartier Büchel: Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch -  
Einleitungsbeschluss**  
Vorlage: FB 61/0912/WP18
- 5 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“**  
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus  
dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“  
Vorlage: FB 36/0389/WP18
- 5.1 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“**  
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus  
dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“  
Vorlage: FB 36/0389/WP18-1
- 6 **Kommunale Wärmeplanung - Zwischenbericht und formaler Beschluss**  
Vorlage: FB 36/0372/WP18
- 7 **Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes der Stadt Aachen**  
Vorlage: FB 61/0809/WP18
- 8 **Sachstand Umwandlung von Einzelhandelsflächen in Wohnraum**  
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 28.05.2023  
Ratsantrag Nr. 385/18 der Fraktion Die Linke vom 26.09.2023
- 9 **Fortschreibung Leitlinie Außengastronomie**  
hier: Sachstandsbericht zum geplanten Prozess 2024 / 2025  
Vorlage: FB 61/0917/WP18

- 10 **Bachoffenlegung in der Innenstadt**  
hier: Aktualisierung der Variantenentscheidung Gerinneführung Paubach vom  
Fischmarkt bis Kapuzinergraben  
Vorlage: FB 61/0919/WP18
- 11 **Projektentwicklung - Mariabrunnstraße / Weberstraße -**  
hier: Durchführung eines Qualifizierungsverfahrens in Form eines Werkstattverfahrens  
Vorlage: FB 61/0890/WP18
- 12 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.05.2024, nichtöffentlicher Teil:**
- 3 **Private Bauvorhaben:**
- 4 **Bebauungsplan – Rütscher Straße / Studierendenwohnen – im Stadtbezirk Aachen-Mitte,  
im Bereich zwischen Roermonder Straße und Rütscher Straße**  
hier: Programmberatung  
Vorlage: FB 61/0920/WP18
- 5 **Aktuelle Bebauungsplanverfahren;**  
hier: Sachstandsbericht  
Vorlage: FB 61/0921/WP18
- 6 **Mitteilungen der Verwaltung:**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Vertreter\*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.05.2024, öffentlicher Teil**

Da die Niederschrift den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

### **zu 3 Altstadtquartier Büchel: Planungsbeschluss Freianlagenplanung**

**Vorlage: FB 61/0904/WP18**

Nach einer kurzen Einführung durch Frau Burgdorff erläutert Herr Vogt die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen begrüßt Frau Dörter diesen nächsten Schritt, mit dem das Leitbild „Wiese“ als Freiraum für alle weiter ausdifferenziert werde. Man halte den Entwurf mit seinen grünen Quartiersterrassen und den unterschiedlichen Aufenthaltsqualitäten für sehr gelungen, auch die ökologischen Belange seien gut berücksichtigt. Es sei nun zu hoffen, dass man auch das Schwammstadtprinzip umsetzen und für die Nutzung des Thermalwassers ein angemessenes und vor allem realisierbares Maß finden könne.

Für die CDU-Fraktion signalisiert auch Herr Baal Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Mit diesem Projekt habe man gezeigt, dass in städtischer Eigenregie eine Qualitätssteigerung für alle gelingen könne. Mit den in Planung befindlichen Hochbauten und der beabsichtigten Realisierung von Wohnungsbau stehe man vor einer kompakten Entwicklung, deren Ergebnis mit einer guten Mischung sehr nah an die ersten Überlegungen heran komme. Auch wenn zunächst nur die städtischen Flächen entwickelt werden könnten, sei mit diesem Entwurf bereits eine deutliche Verbesserung gegenüber der Ausgangslage zu erreichen.

Für die Fraktion Die Linke dankt Herr Beus allen Beteiligten. Es zeige sich nun, dass die SEGA genau ihren Zweck erfülle, nämlich ein Stück Stadt in einer kritischen Lage und mit ganz eigenen Herausforderungen im historischen Umfeld zum Nutzen der Stadtgesellschaft zu entwickeln. Der Entwurf

werde diesen Herausforderungen in besonderer Weise gerecht, sowohl die Topografie als auch das Thema Thermalwasser würden gut aufgegriffen. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde man daher gerne folgen.

Für die SPD-Fraktion betont Herr Plum, dass die Stadtgesellschaft mit diesem Projekt beweise, dass sie Probleme angehen und Entwicklungen in Gang setzen könne in einer Art und Weise, die Private so nicht leisten könnten. Ein erster Schritt sei nun getan, weitere würden sicherlich folgen, wenn man fraktionsübergreifend auch zukünftig so gut zusammenarbeiten werde. Zum Thema Thermalwasser bitte man darum, sowohl die rechtliche als auch die tatsächliche Realisierbarkeit sehr genau zu prüfen; bisherige Versuche, Thermalwasser zu nutzen, hätten bereits bewiesen, dass dies schwierig sein könne.

Herr Hucke weist abschließend darauf hin, dass man mit dem Büchel eine Freifläche etwa in der Größe des Elisengartens oder des Katschhofs schaffe. Bereits heute könne man sehen, welchen Gewinn dies für die Innenstadt bringe, mit großer Freude erwarte man die geplante Fertigstellung im Jahr 2026.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Planungsinhalte für das Altstadtquartier Büchel zur Kenntnis und stimmt diesen zu. Er beschließt, die vorgeschlagenen Planungen der öffentlichen Bereiche in den nächsten Planungsschritten (Ausführungsplanung) zu vertiefen und beauftragt die Verwaltung hierfür Sorge zu tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 4 Altstadtquartier Büchel: Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch - Einleitungsbeschluss**

**Vorlage: FB 61/0912/WP18**

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Man wolle aber nicht verhehlen, dass man gewisse Zweifel am Zeitpunkt für diese Entscheidung zur Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen für eine neue Sanierungssatzung habe. Über die eingereichte Nichtzulassungsbeschwerde sei noch nicht entschieden worden, daher sei es für diese aufwändige Arbeit möglicherweise noch zu früh.

Für die CDU-Fraktion sieht Herr Baal in den Urteilen des OVGs sehr deutliche Hinweise auf eine Nichtwirksamkeit der Sanierungssatzung. Es sei aber klar, dass man ohne eine solche Satzung keine Ordnung in das Quartier um den Büchel bekomme und eine fortlaufende Qualifizierung nicht möglich sei. Dennoch ließen die Urteile insbesondere in Bezug auf den Bebauungsplan noch einige Fragen offen, so dass das Bemühen um eine nochmalige Überprüfung sicher richtig sei. Einen Einleitungsbeschluss für



ein neues Satzungsverfahren jetzt zu fassen, sei aus seiner Sicht ein Gebot der Sachlichkeit. In welcher Tiefe eine neue Satzung bearbeitet werden müsse, hänge von den weiteren juristischen Entscheidungen ab. In jedem Fall plädiere seine Fraktion dafür, falls erforderlich auch den Erlass einer neuen Satzung hoch zu priorisieren und die notwendigen Ressourcen bereit zu stellen.

Für die Fraktion Die Linke spricht sich Herr Beus dafür aus, die Einflussmöglichkeiten des Sanierungsrechts nicht aus der Hand zu geben und sicherzustellen, dass hier keine Lücke entstehe. Dazu sei der heutige Beschluss ein notwendiger Schritt.

Frau Burgdorff stellt nochmals klar, dass die heutige Beschlussfassung aus Sicht der Verwaltung sinnvoll sei. Sollte die Rechtskraft der alten Satzung auf juristischem Weg noch bestätigt werden, müsse das Verfahren nicht zu Ende geführt werden. Sollte aber eine Neufassung erforderlich sein, habe man weder Zeitverlust noch eine Regelungslücke zu befürchten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss beschließt die Einleitung vorbereitender Untersuchungen für eine Sanierungsmaßnahme nach § 141 Baugesetzbuch für den Bereich Altstadtquartier Büchel und die hier benannten vorläufigen Sanierungsziele.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 5 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“  
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem  
Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“  
Vorlage: FB 36/0389/WP18**

Für die CDU-Fraktion dankt Herr Baal der Verwaltung für die grundsätzlich gute Arbeit, dennoch könne man die Ergebnisse nicht wie vorgeschlagen beschließen bzw. dem Rat zur Beschlussfassung empfehlen. Man halte es für fraglich, dass genau mit diesen Maßnahmen Klimaneutralität bis 2030 erreicht werden könne; eine energetische Sanierung städtischer Gebäude beispielsweise sei innerhalb von 6 Jahren alleine schon deshalb kaum realisierbar, da bislang weder eine Abschätzung der Investitionskosten noch eine Abbildung im Haushalt erfolgt sei. Was nun notwendig sei, sei mehr Detailschärfe in den Maßnahmen, eine echte Priorisierung und darauf aufbauend eine realistische Umsetzungsperspektive einschließlich der Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

Für die Fraktion Die Linke kritisiert Herr Beus, dass das Handlungsprogramm nur etwa ein Drittel der Maßnahmen abbilde, die zum Erreichen der Klimaziele notwendig wären. Die ohnehin schon kritische

Haltung seiner Fraktion habe sich weiter verstärkt, daher könne man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen.

Für die Fraktion der Grünen plädiert Frau Dörter dafür, die Debatte heute aus dem Blickwinkel des Planungsausschusses zu führen. Eine Priorisierung sei sicherlich notwendig, dann könne man interdisziplinär schauen, wo man inhaltliche Unterstützung bieten könne. Für besonders wichtig halte man es, die im Konzept enthaltenen Beratungsangebote trotz mancher Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten.

Herr Schaadt ergänzt hierzu, dass die Erfüllungsquote des bisherigen IKSK leider überschaubar geblieben sei. Ein solches Multiprojekt benötige Ressourcen zur Organisation und zur Steuerung, auch dies müsse berücksichtigt werden.

Für die SPD-Fraktion betont Herr Plum, dass man den Klimaschutz auch als Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen begreife, der Handlungsbedarf sei aus seiner Sicht unstrittig. Um mit dem beschriebenen Handlungsprogramm aber auch die notwendige Wirkung erzielen zu können, müsse die Verwaltung einen konkreten Priorisierungsvorschlag erarbeiten, um auf dieser Basis auch die Haushaltsberatungen zur Einplanung der erforderlichen Mittel vorbereiten zu können. Der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss habe hierzu dem Rat empfohlen, das Handlungsprogramm der Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen und die Verwaltung gebeten, die beschriebenen Maßnahmen des Handlungsprogramms hinreichend bestimmt vorzulegen. Eine solche Beschlussfassung schlage man auch für den Planungsausschuss vor.

Als Vertreter der AfD kündigt Herr Palm an, dass man das Handlungsprogramm ablehnen werde, da man es für nicht finanzierbar halte.

Im Anschluss an die ausführliche Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Dörter und die Herren Baal, Plum, Beus, Klingenbiel, Palm und Schaadt beteiligen, stellt der Vorsitzende wie vorgeschlagen den im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss gefassten Beschluss zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat das Handlungsprogramm der Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen und bittet die Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen des Handlungsprogramms hinreichend bestimmt vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei einer Enthaltung (Die Linke) und einer Gegenstimme (AfD)

## zu 5.1 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“

Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“

Vorlage: FB 36/0389/WP18-1

(zum Diskussionsverlauf siehe TOP I.5)

### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat das Handlungsprogramm der Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen und bittet die Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen des Handlungsprogramms hinreichend bestimmt vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei einer Enthaltung (Die Linke) und einer Gegenstimme (AfD)

## zu 6 Kommunale Wärmeplanung - Zwischenbericht und formaler Beschluss

Vorlage: FB 36/0372/WP18

Herr Peukert erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss führt er zur Thematik der kalten Nahwärme aus, dass man diese unabhängig von der Fernwärme betrachte und hier vorrangig Neubaugebiete im Blick habe.

Herr Szagunn weist darauf hin, dass es im Stadtgebiet durchaus relevante Quellen für die kalte Nahwärme gebe, beispielsweise bei den Süßwarenherstellern. Es könne daher sinnvoll sein, diese Bereiche genau auf Einsatzmöglichkeiten zu prüfen. Wichtig sei nun aber auch gegenüber Bürger\*innen deutlich zu machen, dass Energiepreise steigen und Gasheizungen damit immer teurer werden. Diese Aussage müsse klarer Bestandteil einer städtischen Kommunikationsstrategie sein.

Herr Hucke dankt Herrn Peukert und allen Beteiligten für ihre Arbeit, mit der eine wichtige Grundlage unter anderem auch für die Bauleitplanung geschaffen werde. Man werde dieses wichtige Projekt gerne weiterhin unterstützen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und des für die kommunale Wärmeplanung beauftragten Konsortiums zum Bearbeitungsstand der kommunalen Wärmeplanung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

## **zu 7 Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes der Stadt Aachen**

**Vorlage: FB 61/0809/WP18**

Herr Dr. Çelik erläutert die Notwendigkeit zur Neuaufstellung und betont die Bedeutung dieses gesamtstädtischen Konzepts, mit dem auch die Stadtteilzentren betrachtet werden, für die planungsrechtliche Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben.

Der Ausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt die Verwaltung mit der Fortschreibung des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes zu beauftragen und die Ausschreibungsunterlagen zur Fortschreibung entsprechend vorzubereiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **zu 8 Sachstand Umwandlung von Einzelhandelsflächen in Wohnraum**

**hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 28.05.2023**

**Ratsantrag Nr. 385/18 der Fraktion Die Linke vom 26.09.2023**

Frau Steffens gibt einen kurzen Überblick über die Bebauungspläne mit MK-Festsetzungen und erläutert, unter welchen Rahmenbedingungen in diesen Gebieten neuer Wohnraum entstehen kann.

Frau Burgdorff ergänzt hierzu, dass im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen in der östlichen Innenstadt Baublockuntersuchungen beabsichtigt seien, mit denen auch diese Thematik aufgegriffen werden soll. Man hoffe, den notwendigen Transformationsprozess durch gezielte Beratung der Eigentümer\*innen unterstützen zu können.

Für die Fraktion Die Linke erläutert Herr Beus den Hintergrund des Ratsantrags. Ziel sei es, einen Überblick über Möglichkeiten zur Schaffung neuen Wohnraums zu erhalten, so dass man schnell reagieren könne, falls sich Bewegung in einem solchen Bereich abzeichne.

Für die SPD-Fraktion bittet Herr Plum darum, wann immer möglich von den Festsetzungen des Bebauungsplans zu befreien, um Wohnbauvorhaben zu genehmigen zu können. Alternativ könne ggf. auch die Aufhebung des Bebauungsplans und eine Genehmigung nach § 34 BauGB in Erwägung gezogen werden. Damit könnten Vorhaben in bestimmten Fällen schneller und mit weniger Arbeitsaufwand für die Verwaltung in die Umsetzung gebracht werden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

## **zu 9 Fortschreibung Leitlinie Außengastronomie**

**hier: Sachstandsbericht zum geplanten Prozess 2024 / 2025**

**Vorlage: FB 61/0917/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dass der Prozess zur Fortschreibung der Leitlinie Außengastronomie in der dargestellten Vorgehensweise weiterverfolgt wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **zu 10 Bachoffenlegung in der Innenstadt**

**hier: Aktualisierung der Variantenentscheidung Gerinneführung Paubach vom  
Fischmarkt bis Kapuzinergraben**

**Vorlage: FB 61/0919/WP18**

Frau Burgdorff betont einleitend die Komplexität der Variantenfindung und erläutert, dass man mit der anstehenden Beschlussfassung eine sichere Entscheidungsgrundlage schaffen wolle.

Frau Weitenberg ergänzt, dass man im Projekt keinen Zeitverlust befürchten müsse, da ohnehin zunächst die Förderung für den Bereich Klappergasse umgesetzt werden müsse, dies solle bis 2027 geschehen sein. Für die Realisierung der weiteren Führung und die Zeitvorgabe zur Wiedereinleitung in den Bach werde man die Abstimmung mit der Bezirksregierung suchen.

Für die SPD-Fraktion signalisiert Herr Plum Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Man sei schon früh der Überzeugung gewesen, dass die Führung durch die Hartmannstraße für alle die bessere Lösung biete und sei froh, dass die Verwaltung diesen Vorschlag nun auch weiter verfolge.

Für die FDP-Fraktion kündigt auch Herr Helg grundsätzlich Zustimmung an. In Anbetracht der zahlreichen Bushaltestellen und der hohen Fußgängerfrequenz am Kapuzinergraben bitte man dringend darum, bei der Prüfung der Varianten insbesondere die Verkehrssicherheit im Blick zu halten.

Für die Fraktion der Grünen äußert auch Frau Dörter Unterstützung für das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Baal den positiven Wortbeiträgen an. Ziel sei es, eine attraktive Lösung zur Verbesserung der Gesamtsituation zu finden. Eine Führung über den historischen Bachlauf durch die Kleinmarschierstraße ermögliche dies grundsätzlich ebenso wie eine öffentliche Geste im Bereich der Hartmannstraße.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung ergänzend zum bestehenden Prüfungsauftrag der Kleinmarschierstraße mit der Prüfung einer Bachoffenlegung in der Hartmannstraße.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 11 Projektentwicklung - Mariabrunnstraße / Weberstraße -**

**hier: Durchführung eines Qualifizierungsverfahrens in Form eines Werkstattverfahrens**

**Vorlage: FB 61/0890/WP18**

Herr Lehnert erläutert kurz die Rahmenbedingungen für das Werkstattverfahren und stellt klar, dass abweichend von der Darstellung in der Vorlage die Anforderung an den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Werkstattverfahren mit einem Anteil von 40% bis 50% in der Aufgabenstellung beschrieben werden soll. Die Verwaltung bitte darum, dies in der Beschlussfassung zu berücksichtigen. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation mit dem geänderten Beschlussvorschlag steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Für die Fraktion der Grünen kündigt Frau Dörter grundsätzlich Zustimmung zum Beschlussvorschlag in der geänderten Fassung der Verwaltung an. Man habe es mit einem schwierigen Grundstück zu tun und halte das Werkstattverfahren für das richtige Mittel, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Dabei wolle man nicht mit einer Ziel-BGF arbeiten, sondern einen Korridor definieren, um die für die Rahmenbedingungen beste Lösung finden zu können. Wichtig sei aus Sicht ihrer Fraktion, dass die Ersatzpflanzungen, wie im Auslobungstext formuliert, innerhalb des Plangebiets vorzusehen seien. Ebenfalls für wesentlich halte man es, eine\*n Expert\*in für das Thema Kaltluftschneise in der Jury zu haben. Wünschenswert sei eine Simulation, die eine verbindliche Ableitung ermögliche, damit Klarheit über die Möglichkeiten insbesondere in der Höhenentwicklung bestehe. Sollte sich dann herausstellen, dass der ausgewählte Städtebau nicht funktioniere, könne man frühzeitig nach Kompromissen suchen.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass die Bebauung dieses Gebiets mit einigen Herausforderungen verbunden sei. Allein die Frage der Erschließung, die nur im Sektor 1 über die Weberstraße und im Sektor 5 über die Mariabrunnstraße durch den Tunnel möglich sei, sei nicht leicht zu lösen. Die bisher bekannten Entwicklungsideen ließen befürchten, dass mehr Bebauung gewünscht und erwartet werde, als sich letztlich aufgrund der Umweltbelange realisieren lassen. Diese Belange müssten rechtzeitig klar kommuniziert und von den Jury-Mitgliedern der Stadt Aachen in die Entscheidung eingebracht werden.

Für die Fraktion Die Linke betont Herr Beus, dass die durch die Kaltluftschneise gesetzten Vorgaben eingehalten werden müssten, hier wolle man keine falschen Spielräume suggerieren. Hinweisen wolle man noch auf die Funktion der Mariabrunnstraße als Schulweg und als fußläufige Verbindung in die Innenstadt. Eine gute gestalterische Qualität für den öffentlichen Raum sei hier wünschenswert und müsse frühzeitig mitgedacht werden.

Für die SPD-Fraktion signalisiert auch Herr Plum Zustimmung zum von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren, mit dem man der Komplexität der Situation gerecht werden könne. Neben der bereits angesprochenen Bedeutung der Umweltbelange generell und der Kaltluftschneise im Besonderen bitte man darum sicherzustellen, dass der gewünschte Wohnungsnutzungsmix „Studierende und Familien“ auch tatsächlich eine angemessene Anzahl von Familienwohnungen enthalte.

Frau Burgdorff bestätigt, dass eine gutachterliche Betrachtung im Hinblick auf die Kaltluftschneise bereits im Rahmen der Vorprüfung erfolgen solle. Zur Mariabrunnstraße werde man verwaltungsseitig prüfen, ob die Gestaltung des Verkehrsraums in die Arbeitsplanung aufgenommen werden könne.

Herr Hucke stellt den Beschlussvorschlag in der von der Verwaltung vorgetragenen geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er stimmt der Durchführung des Qualifizierungsverfahrens „Entwicklung Mariabrunnstraße / Weberstraße“ auf der Grundlage der beigefügten Auslobung (Anlage 03) unter Berücksichtigung der mündlich vorgetragenen Ergänzungen durch die Verwaltung zu.

Demnach soll die Anforderung an den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Werkstattverfahren mit einem Anteil von 40% bis 50% in der Aufgabenstellung beschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 12 Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegt folgende Mitteilung der Verwaltung schriftlich vor:

- Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, hier: Auswirkungen der Entscheidungen des OVG Münster zum Landesentwicklungsplan NRW auf die Terminplanung der Bezirksregierung